Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 30 Pf
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 175. **Sonnabend** den 23. Juni 1888. **82. Jahrgang.**

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 24. Juni,
Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch in Erinnerung, daß wir zum **Ablagern** von **Schutt, Asche, Schlamm** und **Hausabfällen** aller Art folgende **3 Plätze** angewiesen haben:

1) **das am Leutzscher Wege liegende alte Flußbett in der Nähe des neuen Schützenhauses,** links von der über das Coburger Wasser führenden sogen. verschlossenen Brücke,
2) **das ausgeschachtete städtische Sandgrubenareal rechts an der Chaussee nach Grimma** in der Nähe des Hochreservoirs der Stadtwasserkunst, in Probstheidaer Flur,
3) **das** in der Nähe des sogen. Schleiße dicht am Fahrweg im hinteren Rosenthale gelegene **alte Flußbett der Pleiße.**

Zugleich verweisen wir nochmals darauf, daß **außer an den obigen öffentlichen Ablagerungsplätzen jede anderweite Ablagerung** von **Schutt, Kehricht, Schlamm** und **Hausabfällen** aller Art überhaupt an anderen Orten, auch wenn diese im Privateigenthum sind und der betreffende Eigenthümer des Grundes und Bodens damit einverstanden ist, bez. dieser selbst die Ablagerung auf seinem Grund und Boden bewirkt, **verboten ist.**

Hierbei behalten wir uns jedoch vor, in jedem einzelnen Falle die Anfuhr von Bauschutt zur Auffüllung solchen Areales, welches nach einem endgiltig festgestellten Bebauungsplane zu Straßen oder öffentlichen Plätzen für die Zukunft bestimmt ist, den Privaten zu gestatten.

Hierzu ist in jedem einzelnen Falle von uns besondere Erlaubniß einzuholen und haben hierbei die in unserer Bekanntmachung vom 29. Mai 1880 festgestellten Grundsätze Platz zu greifen, wonach zu Straßenschüttungen und zur Auffüllung von Bauareal nur Erde, Bauschutt (aus Stein, Sand, Kalkmörtel und Erde bestehend), Sand, Kies und Steinknack zugelassen wird, dagegen insbesondere Kehricht, Scherben, Wechstücke, Blechwaaren, Gypsstücke, Stroh oder Strohgeflechte, Dünger, Holz, Papiere, Asche, Kohlenstaub, Schlamm, Ruß, Glas und dergleichen nicht verwendet werden darf.

Zuwiderhandlungen werden sowohl an Denjenigen, welche den Abraum abgeworfen, als auch an Denjenigen, welche hierzu Auftrag ertheilt, oder die Genehmigung zur Ablagerung auf ihrem Grund und Boden ohne unsere Genehmigung ertheilt haben, **mit Geldstrafe bis zu 60 Mark** oder mit Haft bis zu 14 Tagen unnachsichtlich geahndet werden.

Die Bezeichnung weiterer Ablagerungsplätze außer den obengenannten bleibt vorbehalten.

Leipzig, den 31. Mai 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
IX. 3871. Dr. Georgi. Wöllisch, Act.

Bekanntmachung,
die sog. Reserve-Droschken betr.

Die Revision und polizeiliche Abstempelung der zum Droschkendienst zu verwendenden sog. **Reservewagen** soll in der Zeit vom **2. bis mit 14. Juli dieses Jahres** vorgenommen werden.

Die Besitzer derartiger Wagen werden daher hiermit aufgefordert, letztere während des gedachten Zeitraumes **Vormittags von 9 bis 11 Uhr** vor dem Polizeihaus am Naschmarkt vorzuführen. Wenn bezüglich dieser Reservewagen auch nicht die gewöhnlichen Ansprüche wie bei den regelrecht im Betriebe befindlichen Droschken gemacht werden, so müssen doch auch diese Wagen mit unversehrten, wetterlichen Ausschlägen versehen sein und sich in gut lackirtem Zustande befinden.

Nach dem 14. Juli d. J. sind andere Reservewagen, als die mit vorschriftsmäßigem, neuem Stempel versehenen, im Droschkendetriebe nicht weiter zu verwenden und haben diejenigen Droschkenbesitzer, welche dieser Bestimmung zuwiderhandeln, außer der sofortigen Außerbetriebsetzung der betr. Geschirre ihre Bestrafung mit Geld bis zu 30 ℳ, event. Haft zu gewärtigen.

Leipzig, den 20. Juni 1888.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. Mühlner.

Bekanntmachung.

Die Umlegung und Ergänzung der Granitfußwege der Centralstraße soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen der Ecken liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Etage, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen, resp. gegen Entrichtung der Gebühren entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift

„Fußwege der Centralstraße"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum 2. Juli 1888, Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 20. Juni 1888.

Des Raths der Stadt Leipzig
Ib. 2468. **Straßenbau-Deputation.**

Zur selbstständigen örtlichen Bauleitung bei Ausführung eines auf dem Postgebäude in **Zwickau** (Sachsen) zu errichtenden eisernen Fernsprechgerüstes mit massivem Unterbau wird sofort

ein befähigter Architekt

gegen 6 ℳ Tagegeld auf vorläufig sechs Monate gesucht. Meldungen mit Zeugnißabschriften sind an den Unterzeichneten zu richten.

Leipzig, den 21. Juni 1888.

Der Kaiserliche Postbaurath.
Schmedding.

Bekanntmachung.

Mit Rücksicht auf das **Johannisfest** wird der Verkauf von Blumen, Kränzen und dergl.

heute, Sonnabend, den 23. dieses Monats,
auf dem Naschmarkte bis Abends 8 Uhr,
und morgen, am Johannistag selbst,
auf dem Johannisplatz während der Vormittagsstunden — mit Ausnahme der Gottesdienstzeit — bis 12 Uhr gestattet.

Leipzig, den 22. Juni 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hennig.

Bekanntmachung.

Die in dem am 15. d. Mts. angestandenen Termine zur Verpachtung des zur künftigen Straßenverbreiterung bestimmten, der Stadtgemeinde Leipzig gehörigen Landstreifens rechts von der Eutritzscher Straße jenseits der Magdeburger Eisenbahn zwischen dem jetzigen sog. hölzernen Handweg (Theerfassenstraße) und der Einfriedigung des dem Königl. Preuß. Eisenbahnfiscus gehörigen Areales bis zur Thüringischen Verbindungsbahn in 4 Abtheilungen zur Gartennutzung abgegebenen Gebote sind von uns abgelehnt worden und entlassen wir deshalb in Gemäßheit der Versteigerungsbedingungen die Bieter hiermit ihrer Gebote.

Leipzig, den 19. Juni 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ib 2514. Dr. Georgi. Krumbiegel.

Ausschreibung.

Für den Neubau des Polizei-Gebäudes hierselbst werden

1) die Maurer-Arbeiten,
2) „ Schmiede- und Walzeisen-Arbeiten,
3) „ Wasserleitungs- und Entwässerungs-Arbeiten,
4) „ Aörhalt-Arbeiten

hierdurch ausgeschrieben.

Arbeitsverzeichnisse und Bedingungen können auf unserem Bauamte, Rathhaus, 2. Obergeschoß, Zimmer Nr. 5, gegen Hinterlegung von je 2 ℳ für die Arbeiten unter 1—3 und von je 1 ℳ für die Arbeiten unter 4 entnommen werden.

Die Gebote sind versiegelt und mit der Aufschrift

„Neubau Polizei-Gebäude — Maurerarbeiten 2c." bis zum 11. Juli d. J.

daselbst einzureichen.

Wir behalten uns die Auswahl unter den Anbietenden, bezw. auch die Theilung der Arbeiten, sowie Ablehnung sämmtlicher Angebote vor.

Leipzig, den 19. Juni 1888.

Des Raths der Stadt Leipzig
Ib. 2557. **Baudeputation.**

Bekanntmachung.

Die Herstellung einer Schleuße III. Classe in der oberen Schenkendorfstraße zwischen der Lößniger Straße und der Straße W. des südlichen Bebauungsplanes, der Umbau einiger Nebenschleußen in der Lößniger Straße und der Umbau von Nebenschleußen in der Straße W. sollen an einen Unternehmer verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Etage, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen, resp. gegen Entrichtung der Gebühren entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift

„Schleuße in der Schenkendorfstraße"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum 5. Juli 1888, Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 20. Juni 1888.

Des Raths der Stadt Leipzig
Ib. 2467. **Straßenbau-Deputation.**

Bei dem unterzeichneten Polizeiamte sind am 1. Juli d. J. **3 Schutzmannstellen** zu besetzen.

Bewerber müssen im stehenden Heere gedient und während ihrer activen Dienstzeit die Unteroffiziersbefähigung erreicht haben; sie müssen vollkommen gesund, frei von körperlichen Gebrechen (Bruch u. dergl.) und mindestens 170 Centimeter groß sein, auch ausreichende geistige Befähigung durch abzulegende Prüfung nachweisen. Des Weiteren müssen sie sich über ihre vollständige Unbescholtenheit glaubhaft ausweisen können, dürfen auch das 30. Lebensjahr nicht überschritten haben.

Gesuche, denen ein selbstgeschriebener Lebenslauf und die hiernach erforderten Zeugnisse in Abschrift beizufügen, sind bis spätestens den 25. d. M. anher einzureichen.

Es wird noch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Gesuche von Bewerbern, welche den vorstehenden Anforderungen nicht allenthalben entsprechen, unbeantwortet beigelegt werden.

Leipzig, am 21. Juni 1888.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Nr. 2282 D. R. Bretschneider. Z.

Nichtamtlicher Theil.

Aus den Delegationen.

Der Umschwung in der Stimmung macht sich auch bei den Verhandlungen der Delegationen in Pest bemerkbar. Während bis vor Kurzem der Bewilligungseifer vor keiner Summe zurückschreckte, machten sich bei der letzten Verhandlung im Heeresausschuß der ungarischen Delegation Bedenken geltend, ob denn auch der 47-Millionencredit mit der Leistungsfähigkeit in Einklang stehe. Derselbe Graf Apponyi, welcher in der Ausstellungs-Angelegenheit eine Rolle spielte, fand plötzlich, daß es zwar in der Ordnung sei, wenn sich die Monarchie in Vertheidigungszustand setze, daß man deshalb aber doch noch nicht den Kopf verlieren dürfe. Der Reichskriegsminister hatte demgegenüber einen schweren Stand, da er nicht in der Lage war, die letzten militairischen Geheimnisse der Oeffentlichkeit preiszugeben. Tisza war genöthigt, wiederholt auf die Ungewißheit der Lage hinzuweisen, um wenigstens die Bewilligung bis zum nächsten Jahre anzubahnen. Die Debatte wurde nicht beendet, sondern bis zum Freitag vertagt. Es ist gewiß sehr erfreulich, wenn die Zuversicht auf Erhaltung des Friedens wächst, aber es zeigt sich auch bei diesem Anlaß, daß die öffentliche Meinung, wie sie sich in der Presse und den Parlamenten kundgiebt, weit mehr auf augenblicklichen Stimmungen beruht als auf unbefangener, rein gegenständlicher Erwägung der Sachlage. Das ist es, worauf der Delegirte Falk in seinem Bericht über die Verhandlungen des ungarischen Delegationsausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten hinweist. Falk sagt treffend, daß die gegenwärtige relative Beruhigung mehr auf subjectiven als auf objectiven Ursachen fuße, und begründet deshalb den Antrag auf Bewilligung der geforderten Summen mit der Nothwendigkeit, durch entsprechende Entwickelung der Wehrkraft den Minister des Auswärtigen in die Lage zu setzen, daß er sein Wort mit möglichst großem Gewicht in die Wagschale werfen und die Grenzen seiner Friedensliebe mit Ernst und Energie zu bezeichnen vermöge. Ebenso wie Rußland bestrebt ist, durch Ansammlung von Truppen an der russischen Westgrenze seinen Ansprüchen auf die Gestaltung der Balkanverhältnisse größeres Gewicht zu verschaffen, ebenso will auch Oesterreich-Ungarn durch Erleichterung der Mobilmachung und durch Steigerung seiner Wehrkraft die ihm gebührende Stellung als Mitinteressent der Entwickelung der Balkanstaaten wahren. Dieses Streben ist unabhängig von Stimmungen, welche der Augenblick hervorruft, es ist der Ausfluß der Ueberzeugung, daß nur materielle Macht die Grenzen von Zugeständnissen bestimmt, und daß nur die Möglichkeit, die gewonnene Stellung mit Gewalt zu behaupten, die Gegner zwingt, auch ihrerseits bestimmte Grenzen innezuhalten.

Es hat in Oesterreich-Ungarn auf alle Kreise beruhigend gewirkt, daß der mitteleuropäische Friedensbund durch den kurz aufeinander gefolgten Tod zweier deutschen Kaiser nichts an seiner Kraft und Festigkeit verloren hat, und diese Erfahrung hat eine so große Erleichterung der Kriegsbefürchtungen herbeigeführt, daß die Delegirten anfangen, die Höhe der von der Regierung für Vertheidigungszwecke verlangten Summen zu drangsaliren und erschwerende Bedingungen für ihre Verwendung zu stellen. Die veränderte Stimmung kommt in den überschwänglichen Lobeserhebungen zum Ausdruck, welche der Referent Falk den Urhebern des deutsch-österreichischen Bündnisses zu Theil werden läßt, und in der günstigen Beurtheilung, welche Graf Thun, der Berichterstatter des Budgetausschusses der österreichischen Delegation, dem Bündniß zugesteht. Diese starke und übereinstimmende Hervorhebung des Werthes des Bündnisses bei allen Delegationsverhandlungen bekundet eine erhebliche, der Erhaltung des europäischen Friedens sehr günstige Wandlung in der öffentlichen Meinung Oesterreich-Ungarns. Die Regierungen in beiden Reichshälften, die Reichsminister und die Mehrheit der Volksvertretung in Cis- und Transleithanien steht seit langer Zeit auf diesem Standpunct, aber es waren früher Minoritäten vorhanden, welche bemüht waren, die Unzulänglichkeit des Bündnisses darzuthun mit Rücksicht auf die vorbehaltenen besonderen Interessen, welche Oesterreich-Ungarn, ohne auf den Beistand Deutschlands dabei rechnen zu können, zu wahren habe. Diese Minorität trat noch unlängst in sehr unerspießlicher Weise im ungarischen Unterhause hervor, als der Ministerpräsident Tisza sich veranlaßt sah, vor der Betheiligung an der Pariser Weltausstellung zu warnen. Damals gab es in Ungarn eine Partei, welche aus ihrer Hinneigung zu Frankreich kein Hehl machte und welche so weit ging, die Pariser Ausstellung zu einer deutschfeindlichen Kundgebung mißbrauchen zu wollen. Diese Absicht durchkreuzte Tisza durch seine bekannte Erklärung im ungarischen Unterhause, und wenn sich daraus auch einige unerquickliche Verhandlungen zwischen Frankreich und Oesterreich-Ungarn ergeben haben, so ist doch der schließliche Gewinn auf Seiten Oesterreich-Ungarns. Die Parteiverhältnisse in Ungarn haben dadurch eine sehr werthvolle Klärung erhalten, die Opposition hat die Verkehrtheit und Verderblichkeit ihres Thuns eingesehen, und ihre Wortführer haben eine heilsame Abfertigung erhalten, die auch in Zukunft ihre gute Wirkung nicht verfehlen wird.

Der Thronwechsel in Deutschland hat eine erhebliche Annäherung zwischen Deutschland und Rußland zur Folge gehabt, es ist gleichgiltig, aus welcher Ursache, denn die Thatsache steht fest. Sehr berechtigt aber ist das Bedenken, ob diese Veränderung Bestand haben wird, denn sie scheint auf Hoffnungen gegründet, die niemals in Erfüllung gehen können. Wohin die russische Auffassung neigt, ist aus dem Unterschiede in der Haltung zu entnehmen, welche die russische Presse Deutschland und Oesterreich gegenüber befolgt. Wenn auch die deutsche Politik stets als Ziel die Versöhnung zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn festgehalten hat, so ist doch damit nicht gesagt, daß sie auf Kosten der österreichischen Interessen auf der Balkanhalbinsel erfolgen soll. In dieser Beziehung darf die kürzlich vom Grafen Kalnoky gethane Aeußerung zur Richtschnur dienen. Er sagte bekanntlich, daß die Interessen der Balkanstaaten und Oesterreichs in der Hauptsache identisch seien. Ueber Bulgarien ging Graf Kalnoky mit Stillschweigen hinweg, er bezeichnete die dortige Lage nur beiläufig als verhältnißmäßig günstig.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß in der Actionspolitik Rußlands auf der Balkanhalbinsel ein Stillstand eingetreten ist, und der Mangel an beunruhigenden Nachrichten von dieser Seite ist es wesentlich, welcher den Delegationsverhandlungen der letzten Tage den Stempel aufgedrückt hat. Die Delegirten nicht minder wie die öffentliche Meinung in Oesterreich und Ungarn fangen an, die Lage als weniger bedrohlich anzusehen, und diese Stimmung findet in einer gewissen Unlust ihren Ausdruck, die von der Regierung für Vertheidigungszwecke verlangten Summen zu bewilligen. Diese Bewilligung wird zweifellos dennoch erfolgen, aber sie wird an erschwerende Bedingungen geknüpft werden, die ursprünglich nicht in Aussicht genommen waren. Die Regierung hat die Hoffnung geäußert, daß die Lage im nächsten Jahre friedlicher sein und daß dann die Herausgabe eines Theiles der gestellten Forderungen werde unterbleiben können. Der Wunsch, daß diese Hoffnung sich erfüllen möge, ist allgemein in Europa, aber die Unsicherheit der Lage gestattet nicht, darauf irgend welche Pläne zu bauen. Die Besserung in der Gesammtlage ist, wie Falk richtig bemerkt, nur eine subjective, d. h., die Stimmung ist im Ganzen friedlicher und hoffnungsvoller geworden, objectiv, d. h. thatsächlich, hat sich wenig oder nichts geändert. Aber auch aus geschickter Benutzung einer vorhandenen Stimmung läßt sich Nutzen ziehen, und die deutsche Politik wird eine solche Gelegenheit sicher nicht vorübergehen lassen, ohne sie ausgiebig zu verwerthen.

Leipzig, 23. Juni 1888.

* Während die Eröffnung des ersten deutschen Reichstages im März 1871 in der feierlichsten Form und unter Entfaltung des vollen kaiserlichen Glanzes erfolgte, hat sich seitdem, auch wenn Kaiser Wilhelm I. den Reichstag in Person eröffnete, dieser Act in der einfachsten Weise vollzogen. Das Ceremoniell stand weit hinter dem zurück, was anderwärts bei ähnlichem Anlaß gebräuchlich ist. — Die bevorstehende Eröffnung trägt insofern einen abweichenden Charakter, als es das erste Mal ist, daß Kaiser Wilhelm II. zu der Vertretung des deutschen Volkes spricht, und bietet so eine gewisse Aehnlichkeit mit der eingangs erwähnten erstmaligen Begrüßung des Reichstages durch Kaiser Wilhelm I. Es wird daher diesmal auch von der einfachen Form der Eröffnung abgewichen und für den Act die der besonderen Feierlichkeit des Moments entsprechende feierliche Form gewählt, die der Bedeutung des Actes entsprechende kaiserliche Pracht durch Vorführung der kaiserlichen Insignien 2c. entfaltet werden. So wird denn auch die bedeutsame Kundgebung, welche von dem kaiserlichen Throne zu erwarten ist, eines glanzvollen Rahmens nicht entbehren und die Eröffnung des Reichstages auch in den äußeren Formen deutliche Kunde geben von der Bedeutung und Feierlichkeit des Vorganges. — In Betreff der Eröffnung ist folgende specielle Bekanntmachung ergangen:

Mit Bezugnahme auf die in Nr. 26 des Reichsgesetzblattes verkündete kaiserliche Verordnung vom 16. d. M., durch welche der Reichstag berufen ist, am 25. d. M. in Berlin zusammenzutreten, wird hierdurch bekannt gemacht, daß die Eröffnung des Reichstags an diesem Tage um 1 Uhr Nachmittags im Weißen Saale des hiesigen Residenzschlosses stattfinden wird.

Zuvor wird ein Gottesdienst, und zwar
für die Mitglieder der evangelischen Kirche in der Schloßcapelle um 12 Uhr,
für die Mitglieder der katholischen Kirche in der St. Hedwigskirche um 12½ Uhr
abgehalten werden.

Die weiteren Mittheilungen über die Eröffnungssitzung erfolgen in dem Bureau des Reichstags, Leipziger Straße Nr. 4, am 23. d. M. in den Stunden von 9 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends und am 25. d. M. von 8 Uhr Vormittags ab.

In diesem Bureau werden auch die Legitimationskarten für die Eröffnungssitzung und die Einlaßkarten für die Zuschauer ausgegeben, sowie alle sonst erforderlichen Mittheilungen gemacht werden.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
gez. v. Boetticher.

* Der Bundesrath hielt am Donnerstag im Reichskanzleramt die angekündigte Plenarsitzung. Zu Anfang derselben erschien der Reichskanzler Fürst Bismarck mit dem Staatssecretair des Innern von Bötticher, gefolgt von den preußischen Ministern und Bevollmächtigten v. Maybach, v. Friedberg und v. Goßler. Der Reichskanzler übernahm den Vorsitz und machte dem Bundesrath ganz in derselben Weise, wie dies nach dem Hinscheiden Kaiser Wilhelm's I. der Fall gewesen, officielle Mittheilung von dem Hinscheiden Kaiser Friedrich's und der Thronbesteigung Kaiser Wilhelm's II. Dem Vernehmen nach knüpfte sich hieran ein ergreifender Rückblick auf das Leben und die kurze Regierungszeit Kaiser Friedrich's, sowie eine Darlegung der augenblicklichen Lage. Es soll darin die friedliche Lage besonders betont und angedeutet worden sein, daß in der Politik nach innen wie nach außen die Grundsätze festgehalten werden würden, welche bis jetzt bestimmend waren. Im Uebrigen soll auf die bevorstehende Eröffnung des Reichstages und die näheren Auseinandersetzungen hingewiesen worden sein, welche die Thronrede der Volksvertretung machen würde. Der bayerische Gesandte Graf v. Lerchenfeld-Köfering hätte darauf Anlaß genommen, dem Beileid des Bundesraths über den Heimgang des Kaisers und der Beglückwünschung zur Thronbesteigung Wilhelm's II. Ausdruck zu geben. Auch hierin vollzog sich der feierliche Vorgang im Bundesrathe genau in dem Umfange wie am Sterbetage Kaiser Wilhelm's I. Der Reichskanzler verließ hierauf die Versammlung. Der Staatsminister von Bötticher übernahm den Vorsitz, und die gestern mitgetheilte Tagesordnung wurde unter Zustimmung der Versammlung zu den Ausschußanträgen u. s. w. erledigt.

* Von einem neuen schweren unersetzlichen Verlust ist das Hohenzollernhaus abermals heimgesucht worden. Aus Dresden haben wir bereits die erschütternde Kunde übermittelt, daß die Prinzessin Marie von Sachsen-Altenburg um 12 Uhr Nachts an den Folgen eines Kindbettfiebers gestorben ist. Prinzessin Marie Elisabeth Luise Friederike war am 14. September 1855 als die älteste Tochter des Prinzen Friedrich Karl geboren, vermählte sich zu Potsdam am 21. August 1878 mit dem Prinzen Heinrich der Niederlande; nach halbjähriger Ehe wurde die jugendliche Fürstin Wittwe. Am 6. Mai 1885 vermählte sich die Prinzessin wieder mit dem Prinzen Albert von Sachsen-Altenburg. Als die Prinzessin an dem Kindbettfieber erkrankte, eilte sofort die Prinzessin Friedrich Karl an das Krankenlager ihrer Tochter, Prinz Friedrich Leopold begab sich ebenfalls zu der Kranken nach Dresden, und in deren Gegenwart hat nun die Prinzessin ihr Leben ausgehaucht. Die Trauer um die liebenswürdige jugendliche Fürstin, der die Sonne des Glücks nur so kurz geleuchtet, wird in unserem Volke eine allgemeine sein. — Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" widmet der Verewigten folgenden Nachruf:

Von Neuem hat der Tod seine Schatten auf unser schwer geprüftes Königshaus herabgesenkt und demselben ein theures Mitglied entrissen. In Folge des Kindbettfiebers schied in der Nacht zum heutigen Tage Ihre Königl. Hoheit die Frau Prinzessin Marie von Sachsen-Altenburg, älteste Tochter Ihrer Königl. Hoheit der Frau Prinzessin Friedrich Karl, aus diesem Leben.

Die verewigte Fürstin reichte am 24. August 1878 Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen Heinrich der Niederlande die Hand zum ehelichen Bunde, welcher aber in Folge des frühzeitigen Ablebens des hohen Gemahls am 13. Januar 1879 wieder gelöst wurde. In zweiter Ehe vermählte Sich Höchstdieselbe am 6. Mai 1885 mit Sr. Hoheit dem Prinzen Albert von Sachsen-Altenburg, den Sie nunmehr als Wittwer zurücklässt. Mit allen Eigenschaften hoher und echter Weiblichkeit geschmückt, hatte sich die verklärte Fürstin, so wie in der Heimath, auch auf ihrem ferneren Lebenswege und in den Ländern, welchen Sie durch ihre ehelichen Verbindungen angehörte, die allgemeinste Liebe und Anerkennung zu erwerben gewußt, und in den Bundesstaaten, die Sie geknüpft, das Glück ungetrübten Familienlebens und behaglicher Häuslichkeit gefunden. In Ihrem Herzen hat die Verklärte stets der preußischen Heimath treue Anhänglichkeit bewahrt und liebevoll und warm das Band gepflegt, welches Höchstdieselbe mit den Ihrem Vaterhause nahestehenden Kreisen verknüpfte. Unvergessen wird das Andenken an die hohe Frau, welche Sich die Verehrung aller Ihr im Leben näher Getretenen zu gewinnen verstanden, für immer in unserer Erinnerung fortleben.

* In dem kleinen Fürstenthum Reuß älterer Linie (Greiz) wird in der höchsten Regierungsstelle demnächst ein Wechsel eintreten, da der an der Spitze der fürstlichen Landesregierung stehende Wirkliche Geheimrath Faber in den Ruhestand zu treten beabsichtigt. Früher preußischer Beamter in der Rheinprovinz, hat er die Geschäfte des Landes, zeitweilig unter erschwerten Verhältnissen, mehr Jahre lang geleitet, also erheblich länger auf seinem Posten aus-